

# Parlamentarischer NordSüdDialog

No. 38-39 / April 2016



## Inhalt

- 2 Runder Tisch zu österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen
- 3 The impact of tax treaties on developing countries  
Gijs Verbraak, Senior Policy Advisor ActionAid, Netherlands
- 5 Projektpartnerschaft: Delegationsbesuch aus Sambia
- 6 Der globale Einkaufskorb der öffentlichen Hand  
Elisabeth Schinzel, Südwind und SO:FAIR Initiative
- 8 FAIRTRADE Ausstellung im Parlament am 17. März
- 9 Fairtrade Stadt Linz  
Evi Gmach, Mitarbeiterin der Linzer Umweltstadträtin Eva Schobesberger
- 11 Sustainable Development: Perspectives from Southern Africa  
Romy Chevallier, South African Institute of International Affairs, Cape Town
- 12 Start der Umsetzung der 2030 Agenda und SDGs in Österreich  
Norbert Feldhofer und Atila Kilic, Bundeskanzleramt
- 14 No decisions about us without us ... IPU Konferenz in Lusaka  
Petra Rund, Leiterin der Abteilung A3.5 Multilaterale Beziehungen und EZA, Parlamentsdirektion
- 15 Kurz notiert – Menschenrechtsverletzungen gegen Abgeordnete
- 16 Zahlen, Fakten, Hintergründe

Bei der Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) ist die Einbindung der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung. Im Bild ein gemeinschaftsbasiertes agrar-waldwirtschaftliches Projekt für Bäuer\_innen in Uganda.

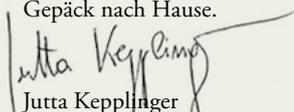
Foto: Romy Chevallier

## Editorial



**Sehr geehrte Abgeordnete,  
liebe Leserinnen und Leser!**

Wege zu gerechten Steuerabkommen sowie sozial faire öffentliche Beschaffung sind zwei der Themen in unserem aktuellen Newsletter. Beide Bereiche tragen im besten Fall zur Erfüllung von 2 der 17 Nachhaltigkeitszielen (SDGs) bei, nämlich Ziel 8 „Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern“ sowie Ziel 10 „Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern“. Damit dies jedoch gelingen kann, sind gerade Parlamente in ihren Kernaufgaben gefordert: Gesetzgebung, die solche Prozesse unterstützt, und Kontrolle der Regierungen im Hinblick auf die Umsetzung. Über Aufgaben der Parlament wurde auch im Rahmen der 134. Vollversammlung der Inter-Parlamentarischen Union in der sambischen Hauptstadt Lusaka diskutiert. Im Zentrum stand dabei das Thema der Öffnung von Parlamenten für die Jugend, sowohl im Bereich der Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen unter dem Motto „No decision about us without us“, als auch im Hinblick auf Parlamente als Orte demokratiepolitischer Bildung. Gerade auch auf dem afrikanischen Kontinent mit dem großen Anteil an junger Bevölkerung wird es für die Förderung des SDG 16 „Förderung von friedlichen und inklusiven Gesellschaften ...“ wichtig sein, entsprechende Angebote und Möglichkeiten der Einbindung zu schaffen. Im Rahmen des Besuches einer sambischen Delegation wurde ebenfalls viel über Möglichkeiten der Öffnung von Parlamenten für seine Bürger\_innen und Möglichkeiten der Partizipation im Gesetzgebungsprozess diskutiert. Die Gäste zeigten sich beeindruckt von den verschiedenen Aktivitäten der beiden legislativen Organe, vor allem auch im Bereich der Demokratievermittlung an Kinder und Jugendliche und reisten mit vielen Ideen im Gepäck nach Hause.

  
Jutta Kepplinger

Projektleitung Parlamentarischer NordSüdDialog

# Österreichische Doppelbesteuerungs- abkommen

Runder Tisch am 13. April 2016  
im österreichischen Parlament

Ingrid Pranger, Parlamentarischer NordSüdDialog

Bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) sollen u.a. die doppelte Besteuerung von Einkommen vermeiden und den Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden regeln. DBA werden oft von Staaten abgeschlossen, die Investitionen anziehen und die Rechtssicherheit für Investor\_innen stärken wollen. Sie bedeuten für kapitalimportierende Entwicklungsländer aber auch Einnahmenverluste, die wiederum konkrete soziale Auswirkungen auf Menschen haben.

Die DBA im Kontext der internationalen Steuergesetzgebung standen im Mittelpunkt der Vorträge der Referent\_innen des Runden Tisches, Pasquale Pistone, Professor am Institut für österreichisches und internationales Steuerrecht der Wirtschaftsuniversität Wien und Martina Neuwirth, entwicklungspolitische Expertin am Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC).

Am Beginn verwies Abg.z.NR Petra Bayr darauf, dass im Sinne der im österreichischen EZA Gesetz verankerten Politikkohärenz keine politischen Bereiche und keine Abkommen negativ auf entwicklungspolitische Zielsetzungen ein-

wirken sollen. Die DBA werden im Parlament beschlossen und die wechselseitige Abstimmung und kohärente Beschlussfassung liegt in den Händen der Abgeordneten.

Die vor wenigen Tagen offen gelegten „Panama Papers“ brachten u. a. auch den Steuerstreit zwischen dem Land Uganda und dem Konzern Heritage Oil ans Licht, das 2010 jene Firma verkaufte, die die Schürfrechte an einem ugandischen Ölfeld hält. Vor diesem Verkauf – und damit verbundenen Steuerzahlungen von 400 USD – wurde der Firmensitz von den Bahamas auf Mauritius verlegt, das ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Uganda hat. Zum Vergleich: das Jahresbudget des Wassersektors in Uganda beläuft sich auf ungefähr ein Drittel der Summe aus diesem einen Rechtsstreit.

In den letzten Jahren hat sich die kritische Betrachtungsweise des internationalen Steuerrechts verstärkt. Es gibt immer mehr Studien und Veröffentlichungen über negative Auswirkungen auf Entwicklungsländer (siehe auch Artikel Seite 3). Eine österreichische Studie<sup>1</sup> kam zu dem Ergebnis, dass auch Österreich (es existieren 87 DBAs, davon 40





Foto 1:  
Abg.z.NR Werner  
Groiß, Moderatorin  
Karin Küblböck,  
Abg.z.NR Petra  
Bayr

Foto 2:  
Heinz Jirousek vom  
BMF kommentiert  
die Vorträge

Foto Seite 2:  
Abg.z.NR Christoph  
Vavrik, Martina  
Neuwirth, Pasquale  
Pistone

Fotos: Nadja  
Schuster / PNSD

mit Entwicklungsländern) versucht, die Quellenbesteuerung – also die Besteuerung durch die Entwicklungsländer – bei passiven Einkommen möglichst zu begrenzen.

Prof. Pistone wies darauf hin, dass die Bestimmungen des OECD Musterabkommens, an dem sich auch Österreich orientiert, oft nicht im Interesse der Entwicklungsländer sind. Im globalen Kontext kommt es zu negativen Auswirkungen, wie beispielsweise der Doppel-Nichtbesteuerung, die bekämpft werden sollten. DBA sollen nicht nur die Unternehmen fördern, sondern auch die internationale Steuergerechtigkeit erhöhen und somit ein Bestandteil einer fairen und sozialen Entwicklung sein.

Martina Neuwirth schlägt u.a. die Berücksichtigung des UN-Musterabkommens oder eines der bereits existierenden regionalen Musterabkommen als Grundlage für DBA Verhandlungen vor. Auch bei der Ausverhandlung der Quellensteuersätze sollte mehr Rücksicht auf nationale Steuersätze genommen werden, spricht dem Entwicklungsland

mehr Besteuerungsrechte eingeräumt werden.

Bei DBA geht es jedoch nicht nur um Steuersätze, sondern auch um die Rechtssicherheit, die mit einem derartigen Abkommen einhergeht. Das ist für viele österreichische Unternehmen ein wichtiges Kriterium in Bezug auf Auslandsinvestitionen, argumentierte Frau Rauner-Andreae von der Wirtschaftskammer Österreich.

Abg.z.NR Werner Groiß sieht in Zusammenhang mit den aktiven Einkommen keinen Handlungsbedarf bei den österreichischen DBA, passive Einkünfte sind problematischer. Die entscheidende Frage sei jene der Zuordnung der Wertschöpfung zu einem bestimmten Unternehmen/Land.

Heinz Jirousek vom BM für Finanzen sieht zahlreiche diskutierte Aspekte bereits als gelebte Wirklichkeit in Österreich. Die OECD bemüht sich seit langer Zeit darum, die Modelle der OECD und der UN anzunähern. Ein neues, multilaterales OECD Abkommen ist

derzeit in Verhandlung und alle Staaten können dem Abkommen beitreten. In diesem sind auch Aspekte enthalten, die die Position von Entwicklungsländern stärken und es zeichnen sich grundlegende Änderungen ab, beispielsweise soll die Vermeidung der Doppel-Nichtbesteuerung wesentlicher Teil sein. Das Abkommen sollte bis 2017 fertig verhandelt sein, es wird aber keinen Zwang zum Beitritt geben können.

Für Abg.z.NR Bruno Rossmann sind derartige multilaterale Abkommen begrüßenswert, aber die Freiwilligkeit beschränke deren Wirksamkeit. Zumindest innerhalb der EU könnte man eine verpflichtende Regelung für alle Mitgliedsländer treffen.

Dass Entwicklungsländer bei internationalen Reformprozessen, wie bspw. dem BEPS-Reformpaket der OECD (Base Erosion Profit Shifting) nicht eingebunden sind, wurde von Seiten der Zivilgesellschaft kritisiert. Diese wünscht sich eine Fortführung des Dialogs auf österreichischer Ebene.

# The impact of tax treaties on developing countries

Gijs Verbraak, Senior Policy Advisor ActionAid, Netherlands

Tax avoidance strategies used by some multinational corporations deprive the world's most impoverished communities of vital revenues. Tax revenue is one of the most important, sustainable and predictable sources of public finance there is. It is a crucial part of the journey towards a world free from poverty—funding lasting improvements

in public services such as health and education. The communities that ActionAid works with around the world are demanding increased public funds to promote development – particularly for the realisation of women and girls' human rights. Tax treaties – agreements between countries that carve up tax rights – play a facilitating role in many

of these tax avoidance schemes. Tax treaties have played a part in most well-known cases of aggressive tax planning, such as in Google's and Amazon's tax schemes. Many of the tax treaties that ActionAid has scrutinised are ensuring that money flows untaxed from poor to rich countries, making the world more unequal and exacerbating poverty. Tax



ActionAid Report: Mistreated

treaties have so far received little public scrutiny – but this is changing.

### Uncovering the balance

ActionAid commissioned original research makes the content of more than 500 binding treaties signed by lower-income countries in Asia and sub-Saharan Africa available to the public for the first time. These important tax agreements decide when, how and even if some of the world's poorest countries can tax foreign-owned corporations that are making money within their borders. Global corporations use tax treaties to limit their tax contributions in the lower-income countries where they generate profits. Tax treaties that aggressively lower tax contributions in lower-income countries are harming revenue collection in these countries and the rights of the world's most vulnerable people. They have no place in the 21st century, the era of outdated and unscrutinised tax treaties must come to an end.

### How does this impact on citizens?

It's time to ensure that all investors pay their fair share and put an end to aggressively lowered taxes and double non-taxation on investment income. Developing countries lose billions; Bangladesh is losing approximately US\$85 million every year from just one clause in its tax treaties that severely restricts its right to tax dividends. With an annual total health expenditure of approximately US\$25 per capita, remedying this alone could pay for health services for 3.4 million people. In 2004, Uganda signed a tax treaty with the Netherlands that completely takes away Uganda's right to tax certain earnings paid to owners of Ugandan corporations, if the owners are resident in the Netherlands. A decade later, as much as half of Uganda's foreign investment is owned from the Netherlands, at least on paper. The result of the current treaty is lost tax revenue in Uganda, which could have paid for essential public services for the Ugandan people. Recently, the OECD, the European Parliament and the European Commission acknowledged that the balance of tax rights in tax treaties is a problem for developing countries.

On a global scale, just two rules in tax treaties – dividend and interest payment rules – cost developing countries billions of dollars each year. Tax treaties also cause many other losses – such as lost profit tax contributions and lost tax

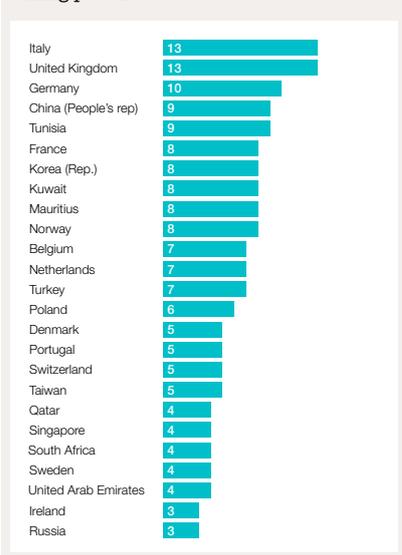
on capital gains, royalties and services fees – but the size of these losses is still unknown.

### Treaties getting worse

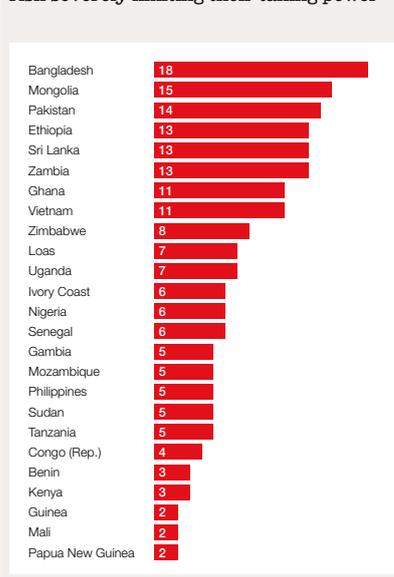
ActionAid has identified the most restrictive treaties. All tax treaties restrict the right to levy tax, but some treaties take away far more tax power than others. The ActionAid tax treaties dataset shows that the overall number of tax rights that lower-income countries give up varies widely from treaty to treaty. ActionAid's research identifies the treaties that remove more tax rights than most – which we call very restrictive treaties. It finds that the United Kingdom and Italy are tied as the countries with the largest number of very restrictive treaties with lower income Asian and sub-Saharan African countries, followed by Germany (see figure 1). Treaties that lower-income countries have with OECD countries take away more rights to tax than those with non-OECD countries. Worryingly, the deals struck with OECD countries are getting worse over time. Thus Lower income countries need a drastically better deal in their tax treaties with wealthier countries and tax havens.

It is time to tackle the growing tax rights imbalance! Wealthier countries should ensure that their tax treaties do not harm tax collection and thereby the development of lower income countries.

**Figure 1:** Wealthier countries with the highest number of very restrictive modern era treaties that risk severely limiting African and Asian countries' taxing power<sup>67</sup>



**Figure 2:** African and Asian lower-income countries' with the highest number of very restrictive modern era treaties that risk severely limiting their taxing power<sup>68</sup>



### The OECD model tax treaty

The OECD model tax treaty is the global standard setter when it comes to international treaty norms. When relied on in treaties between lower-income countries and wealthier countries, it squeezes the tax rights of lower-income countries.

The United Nations has made a push for a fairer sharing of taxing rights through the UN model tax treaty, but ActionAid's tax treaty dataset shows that many of the rules that the UN has proposed are still commonly not used in treaties between wealthy countries and lower-income countries.

Source: ActionAid, Mistreated Report, p. 10 and p. 15

## PROJEKTPARTNERSCHAFT

### Delegationsbesuch aus Sambia

Von 9. bis 14. April besuchte eine 5-köpfige Delegation bestehend aus Abteilungsleiter\_innen des sambischen Parlaments unter Leitung der stellvertretenden Parlamentsdirektorin, Cecilia Mbewe, im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialog das österreichische Parlament sowie den oberösterreichischen Landtag.

Ziel der Reise war ein Erfahrungsaustausch sowie die Definition möglicher Kooperationsbereiche. Sambia hat sich in den letzten beiden Jahren einer intensiven Überarbeitung seiner Verfassung gewidmet, die im Jänner 2016 vom Parlament genehmigt wurde. Wichtige Änderungen sind die Möglichkeit eines Misstrauensantrages gegen einen Minister mit 1/3 der Abgeordnetenstimmen, die Errichtung einer „Parliamentary Service Commission“, die neben anderen Aufgaben auch den Parlamentsdirektor ernennen darf – ein Vorrecht, das bisher dem Präsidenten des Landes vorbehalten war – und die Festlegung der Mindestanforderung an die Schulbildung von Abgeordneten auf Maturaniveau. (An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass in Sambia das System von Lehrlingsausbildung und Facharbeiter\_innen nicht bekannt ist.)

Die Gespräche mit Vertreter\_innen der österr. Parlamentsdirektion kreisten um die Themen legislativer und wissenschaftlicher Dienst – gesetzliche und operative Rahmenbedingungen, Aufgaben des Budgetdienstes – der im österreichischen Parlament 2012 und im sambischen Parlament 2015 installiert wurde – sowie um die Aufgaben im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, Vermittlung von Demokratie und Kommunikation mit der Bevölkerung.

Im Gespräch mit dem Präsidenten des OÖ Landtages, Viktor Sigl, seinen beiden Stellvertreter\_innen, Adalbert

Cramer und Gerda Weichsler-Hauer, sowie dem grünen Klubobmann Gottfried Hirz standen das föderale System sowie die Gewaltenteilung im Mittelpunkt. Von besonderem Interesse war u.a. auch, dass Ausschusssitzungen im sambischen Parlament öffentlich sind und nur in besonderen Fällen, die im Vorfeld vom Parlamentspräsidenten öffentlich bekannt gegeben werden müssen, „in camera“ abgehalten werden.

Der Leiter der 2004 gegründeten „Parliamentary Reforms Programme“ Abteilung, Herr Thokozani Kamanga, präsentierte die Erfolge, die in den letzten Jahren erzielt werden konnten, bspw. stärkere Partizipation der Bevölkerung im Gesetzgebungsprozess, Schaffung eines Parlamentsradios oder die Errichtung von „Parlamentsbüros“ in den Wahlkreisen mit dem Ziel in verstärkten Kontakt mit der Bevölkerung zu treten. Delegationsleiterin Cecilia Mbewe zeigte sich begeistert von der Herzlichkeit, mit der die Delegation empfangen wurde und dem interessanten Austausch mit den österreichischen Parlamentsmitarbeiter\_innen und den Vertreter\_innen des OÖ Landtages. Der Parlamentarische NordSüdDialog möchte sich daher bei all jenen, die zum Erfolg dieses Delegationsbesuches beigetragen haben an dieser Stelle herzlich bedanken. JK.

Weitere Informationen und Bilder zum Besuch finden Sie auf unserer Website [www.nordsueddialog.org](http://www.nordsueddialog.org).

Fotos (v.o.n.u.)

Parlamentsdirektor Harald Dossi und Vizedirektor Alexis Wintoniak begrüßen die Delegation

Zu Gast im OÖ Landtag – Delegationsleiterin Cecilia Mbewe unterschreibt im Gästebuch

Austausch unter Kolleg\_innen: Im Gespräch mit RLW Dienstleiterin Gerlinde Wagner und Christoph Konrath

Gutes Gesprächsklima: Stv. IT Leiter Teddy Nyambe mit seinen österreichischen Kollegen, Peter Reichstädter und Harald Niederhuber

Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation mit der Bevölkerung: Anregungen von Heidi Liedler-Frank und Natalie Iwanowytch

Auch LH Josef Pühringer fand kurz Zeit für ein Gespräch mit der Delegation

Fotos: Jutta Kepplinger / PNSD



Foto 1: Stofftasche statt Plastiksackerl:  
Auf Initiative der Stadtgemeinde trägt ganz Zwettl seine Einkäufe ökologisch und fair nach Hause!  
Foto:  
Gemeinde Zwettl



# Der globale Einkaufskorb der öffentlichen Hand

## Beschaffung von Produkten aus Billiglohnländern nachhaltig gestalten

Elisabeth Schinzel, Südwind und SO:FAIR Initiative

Was verbindet Wien mit Oslo, die Länder Niederösterreich und Oberösterreich mit dem Schwedischen Regionenverband und die Städte Traun und Dortmund? Sie alle setzen sich für eine sozial faire Beschaffung ein. Eindrucksvoll bemühen sich viele Gemeinden, Länder und Städte in Europa darum, dass die Menschen, die ihre Uniformen nähen, oder die dafür sorgen, dass wohl-schmeckender Kaffee in ihren Tassen dampft, und dass ihnen Arbeitswerkzeuge wie Computer und Mobiltelefone zur Verfügung stehen, unter menschenwürdigen Bedingungen leben und arbeiten können.

Seit „Rana Plaza“, dem Zusammenbruch einer großen Textilfabrik in Bangladesch, vor genau drei Jahren wissen Konsument\_innen, unter welchen oft menschenunwürdigen Bedingungen ihre Bekleidung hergestellt wird. Aber haben Sie sich schon einmal überlegt, wie die Arbeitsbekleidung unserer öffentlichen Bediensteten hergestellt wird? Studien von Nichtregierungsorganisationen belegen, dass die Bedingungen in den Nähereien von Marokko bis Mazedonien, von Indonesien bis Pakistan ähnlich jenen des Rana Plaza sind.

### Vorbild Schweden

Die große Wende kam für den Schwedischen Regionenverband 2007, als die NGO Swedwatch in einem schockierenden Bericht die Verhältnisse in der Produktion von chirurgischen Instrumenten und Arbeitsbekleidung für das schwedische Krankenhauspersonal aufdeckte. Die erschütternde Erkenntnis, dass man als öffentliche Einrichtung davon profitierte, dass junge Erwachsene und sogar Kinder in Pakistan unter furchtbaren Bedingungen Produkte herstellten, die von der öffentlichen Hand mit Steuermitteln eingekauft wurden, hat zu einem beispiellosen Engagement für sozial fairen Einkauf geführt.

Ende letzten Jahres wurde vor Ort nachgeforscht, ob all diese Bemühungen Früchte getragen haben. Tatsächlich konnte bestätigt werden, dass sich die Arbeitssituation in den Produktionsstätten durch das Einwirken der Einkäufer aus Schweden stark verbessert hat.

Auch viele andere, wie zum Beispiel die Städte Linz, Dortmund, Bremen, London, Utrecht, Oslo, Zwettl und Ghent wollen Produkte mit gutem Gewissen beschaffen. Jetzt gibt es für ihre Bemühungen Rückenwind von Seiten der EU.

### Neue EU-Vergaberichtlinie

Die neue EU-Vergaberichtlinie stärkt nämlich in öffentlichen Vergabeverfahren ausdrücklich die Forderung nach sozialen Kriterien im gesamten Herstellungsprozess. Damit diese neuen europäischen Spielräume auch in der österreichischen Vergabepaxis verstärkt umgesetzt werden können, ist eine umfassende Verankerung der rechtlichen Möglichkeiten im BVerG 2016 und eine deutliche und klare Beschreibung der neuen Anwendungsspielräume in den erläuternden Bemerkungen des Gesetzes notwendig.

Die SO:FAIR Initiative, ein Zusammenschluss österreichischer NGOs, empfiehlt deshalb den Wortlaut der Richtlinie und der Erwägungsgründe vollumfänglich zu übernehmen. Für die Beschaffung im Unterschwellenbereich könnten noch größere Spielräume für die Einbindung sozial fairer Kriterien genutzt werden.

Nach Erfahrung der SO:FAIR Initiative müssen Beschaffer\_innen, die Ausschreibungsverfahren erstmalig mit sozial fairen Kriterien durchführen, dabei professionell begleitet werden und den politischen Rückhalt ihrer Institution



Foto 2: Pauline Göthberg vom Schwedischen Regionenverband und Aiko Wichmann von der Stadt Dortmund beim Europäischen Expert\_innenseminar in Wien im März 2016.  
Foto: Südwind

Foto 3: Nicht nur modische Bekleidung, auch Arbeits- und Schutzkleidung wird oft unter menschenunwürdigen Bedingungen genäht.  
Foto: LBL, Will Baxter

haben. Die neue EU Vergaberichtlinie fordert, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass Beschaffer\_innen ausreichend Information, Beratung und Unterstützung bei der Durchführung

von Vergabeverfahren erhalten. Nichtregierungsorganisationen haben schon bisher wichtige Hilfestellung bei der Implementierung und Auswertung von sozialen Kriterien in Vergabeverfahren

geleistet, nun wäre es an der Zeit, diese Expertise zu nutzen!

Weiterführende Informationen:  
[www.sofair.at](http://www.sofair.at); [www.fairebeschaffung.at](http://www.fairebeschaffung.at)

# Sozial faire öffentliche Beschaffung

Gemeinden kaufen viele Produkte ein. Produkte, wie Kaffee und Arbeitsbekleidung, werden oft in Billiglohnländern unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt. Verantwortliche der öffentlichen Beschaffung können die Wirtschaft zur Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten bewegen, da viele Unternehmen von Aufträgen der öffentlichen Hand abhängig sind.

Wenn daher die Gemeinde soziale und ökologische Kriterien im Einkauf berücksichtigt, kann sie aktiv zu globaler Gerechtigkeit, einer lebenswerteren Umwelt und fairen Arbeitsbedingungen weltweit beitragen.



## Öffentliche Auftraggeber haben es in der Hand:

- Sie tragen Verantwortung für die Verwendung der Steuergelder.
- Sie besitzen enormes wirtschaftliches Potenzial und können dadurch Märkte bewegen.
- Sie können Vorbilder sein für Unternehmen und KonsumentInnen, in dem sie soziale und ökologische Kriterien beim Einkauf berücksichtigen.
- Sie können zur Armutsminderung, Umweltschutz und besseren Arbeitsbedingungen weltweit beitragen.

Weitere Informationen: [www.fairebeschaffung.at](http://www.fairebeschaffung.at)

Schon seit über zehn Jahren sind menschenwürdige Produktionsbedingungen und der Faire Handel ein wichtiger Teil des Socially responsible public procurement (SRPP) in Europa. Nunmehr hat dieses Konzept endgültig Eingang in die Europäische Gesetzgebung gefunden. Die neue EU Vergaberichtlinie betont die Notwendigkeit einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Vergaben sollen in stärkerem Ausmaß zur Unterstützung gesellschaftspolitischer Ziele genutzt werden können. Die neue Richtlinie stärkt ausdrücklich die Verankerung sozialer Kriterien sowie die Berücksichtigung des gesamten Herstellungsprozesses in öffentlichen Ausschreibungen und Vergabeverfahren.

Foto 1:  
NR Präsidentin  
Doris Bures eröffnet  
die Ausstellung

Foto 2: Helmut  
Schüller, Vor-  
standsvorsitzender  
von FAIRTRA-  
DE® Österreich,  
beim Weltladen  
Sortiment.

Fotos: Johannes  
Zinner



## FAIRTRADE® Ausstellung im Parlament

Die diesjährige FAIRTRADE® Ausstellung am 17. März 2016 in der Säulenhalle des österreichischen Parlaments setzte sich mit dem Thema sozial faire öffentliche Beschaffung auseinander. Die Eröffnung erfolgte mit einem fairen Frühstück durch die Präsidentin des Nationalrates, Doris Bures, die darauf hinwies, dass gerade der öffentliche Sektor auch Verantwortung dafür trage, dass sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltiger Handel stärker unterstützt wird. FAIRTRADE® ist dabei mehr als nur ein Qualitätsgütesiegel, denn es steht auch für bessere Arbeitsbedingungen der Arbeiter\_innen auf bspw. Kaffee- oder Teeplantagen im globalen Süden.

FAIRTRADE® Österreich setzt sich seit Jahren dafür ein, dass Kleinbauernfamilien und lohnabhängig Beschäftigte in Afrika, Asien und Lateinamerika ein

sicheres und menschenwürdiges Leben führen und ihre Zukunft selbst gestalten können. Für Hartwig Kirner, den Geschäftsführer von FAIRTRADE® Österreich, sind gesetzliche Erleichterungen bei der öffentlichen Beschaffungen von FAIRTRADE®-Produkten ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Die EU hat 2014 neue Vergaberichtlinien verabschiedet, die im April 2016 auch in österreichisches Recht umgesetzt werden. Im Dezember vergangenen Jahres stimmte der Nationalrat bereits einhellig dem neuen Bundesvergabegesetz zu, durch das zukünftig das Bestbieterprinzip u. a. auch für die Beschaffung von Lebensmitteln gelten soll. Die Berücksichtigung sozialer und nachhaltiger Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung wird mit der vollständigen Implementierung der neuen Vergaberichtlinien wesentlich erleich-

tert. Produkte, die unter fairen Arbeitsbedingungen erzeugt wurden, wie zum Beispiel Produkte aus dem Fairen Handel, können nun noch einfacher von der öffentlichen Hand angeschafft werden.

Die FAIRTRADE® Informationsausstellung findet seit 2007 im Parlament statt und wird von der AWEPA Sektion Österreich im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialog veranstaltet. Diesjähriger Kooperationspartner – neben FAIRTRADE® Österreich – war die Initiative SO:FAIR, deren Ziel es ist, dass öffentliche Beschaffer\_innen nur solche Produkte aus Billiglöhnländern beziehen, die unter menschenwürdigen Bedingungen (u.a. Einhaltung von Arbeitsschutzrichtlinien, angemessene Entlohnung, keine Kinderarbeit) hergestellt wurden. Um die sozial faire Beschaffung zu erreichen, stellt SO:FAIR politischen Entscheidungsträger\_innen





Foto 3: Die Südwind Ausstellung zum Thema faire öffentliche Beschaffung

Foto 4: Abgeordnete in der Diskussion mit Aussteller\_innen  
Fotos: Helmut Harringer

und Beschaffer\_innen Informationen und Ausschreibungskriterien zur Verfügung.

Viele österreichische Institutionen, Gemeinden, Länder und Städte bekennen

sich bereits zu einer sozial verantwortlichen Beschaffung. In diesem Zusammenhang zeigte die Südwind-Roll-up Ausstellung Hintergründe und Problemfelder internationaler Produktionsketten, aber auch zahlreiche Möglich-

keiten für ein Engagement in Bezug auf eine sozial faire Beschaffung auf unterschiedlichen Ebenen der öffentlichen Verwaltung in Österreich und Europa, sowie Wege, wie man sich aktiv für den Fairen Handel einsetzen kann.

# Fairtrade Stadt Linz

Evi Gmach, Mitarbeiterin der Linzer Umweltstadträtin Eva Schobesberger



Seit Oktober 2014 darf sich die Landeshauptstadt Linz offiziell „Fairtrade Stadt“ nennen. Die Preisverleihung erfolgte auf der „Wear-Fair & mehr“ (www.wearfair.at), die mittlerweile zur größten Messe ihrer Art in Österreich gewachsen ist. Von Mode, Ernährung und Mobilität über Kosmetik, alternative Geldanlagen und Reisen reicht das gebotene Spektrum für einen nachhaltigen Lebensstil. Bereits seit Jahren ist Linz bekannt für seine zahlreichen Initiativen, NGOs

und Geschäfte, die erfolgreich aufzeigen, wie nachhaltiges Wirtschaften tatsächlich umgesetzt werden kann. Es war demnach auch für die Stadt Linz an der Zeit, im eigenen Wirkungsbereich Verantwortung zu übernehmen. Im März 2011 hat sich der Gemeinderat der Stadt Linz einstimmig dafür ausgesprochen, die Ziele von Fairtrade in der Stadt Linz gezielt zu fördern und soweit wie möglich eine ökologische und faire Beschaffung zu gewährleisten. Im Jahr 2012 wurde schließlich im Linzer Stadt-

senat beschlossen, sich an dem von der EU geförderten Projekt „TriNet Global“ zu beteiligen. Hier kooperieren Städte gemeinsam mit engagierten Interessensgruppen aus Wirtschaft und Wissenschaft in internationalen Netzwerken.

## Leitfaden für öko-faire Beschaffung

In der Folge haben Mitarbeiter\_innen der Stadtverwaltung und Vertreter\_innen aus der Unternehmensgruppe der Stadt Linz in einer Projektgruppe einen

Fotos: Dominik Schallauer



Leitfaden zur Umsetzung der Beschaffung nach ökologischen Richtlinien und den Grundsätzen von Fairtrade der Stadt Linz ausgearbeitet.

Der Öko-Leitfaden richtet sich an alle Dienststellen des Magistrats der Landeshauptstadt Linz. Beschaffungsverantwortliche erhalten damit einen kompakten Überblick über geltende Gemeinderatsbeschlüsse und interne Anordnungen. Der Öko-Leitfaden ruft jedoch nicht nur die bestehenden politischen Zielvorgaben in Erinnerung, sondern beinhaltet auch die Darstellung der vergaberechtlich zulässigen Möglichkeiten zur Berücksichtigung öko-fairer Ziele. Rechtlich ist die nachhaltige Beschaffung durch die genaue Definition des Auftragsgegenstandes, der Stärkung der Regionalvergabe und der Festlegung von Nachhaltigkeitskriterien im Rahmen der technischen Spezifikation gut umsetzbar.

Als Unterstützung zur Umsetzung einer nachhaltigeren Beschaffung dient auch der vom Bund als Empfehlung herausgegebene nationale Aktionsplan für nachhaltige öffentliche Beschaffung (NABE). Darin werden ökologische Kernkriterien für 16 Beschaffungsgruppen exemplarisch angeführt und Schritte zur Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffung empfohlen. Die Kernkriterien sind so gewählt, dass sie in Österreich gut umsetzbar sind, weil zahlreiche Anbieter\_innen in der Lage sind, die Anforderungen zu erfüllen.

Im Juli 2014 wurden der ausgearbeitete Öko-Leitfaden sowie der nationale Aktionsplan als Orientierung vom Gemeinderat beschlossen und somit als verbindlich erklärt. Im Anschluss wurden für Mitarbeiter\_innen im Vergabewesen Schulungen angeboten. Jene Kolleg\_innen, die für den Einkauf zuständig sind, erhielten von Südwind Oberösterreich in Seminaren, E-Learning-Kursen und Face-2-Face Trainings Unterstützung in Fragen zur „sozial fairen öffentlichen Beschaffung“.

Der Prozess, den die Stadt Linz hier durchlaufen hat, kann sicherlich mustergültig genannt werden: Auf politische Beschlüsse folgte mit dem Öko-Leitfa-

den eine konkrete Operationalisierung und Vorgabe für das Verwaltungshandeln. In wieweit die Vorgaben des Öko-Leitfadens aber nun tatsächlich umgesetzt und somit „gelebt“ werden, soll durch eine Evaluierung demnächst geklärt werden.

Mit dem Frauenbüro der Stadt Linz konnte jedenfalls schon eine kleinere Verwaltungseinheit auf öko-faire Beschaffung umgestellt werden. Egal ob es sich um Veranstaltungen (Catering), Druckwerke oder Werbematerialien handelt, „öko“ und „fair“ ist hier mittlerweile Standard.

### Erfolgsfaktoren

Durch die unmittelbare Einbindung in den Prozess kann ich sagen, dass drei Faktoren wichtig sind, damit „Nachhaltigkeit“ nicht nur auf dem Papier steht sondern auch umgesetzt wird.

Es braucht ein klares und andauerndes politisches Bekenntnis von Seiten der Stadtregierung, dass die Stadt sich den Grundsätzen von Fairtrade tatsächlich verpflichtet fühlt. Es braucht klare Handlungsvorgaben wie den Öko-Leitfaden, der aufzeigt, wie eine Umsetzung (auch vergaberechtlich) konkret erfolgen soll. Und es braucht auch auf Seiten der Verwaltung den Rückhalt von der Verwaltungsspitze, Schulungs- und Bewusstseinsbildungsmaßnahmen und mehr als alles andere engagierte Mitarbeiter\_innen, denen etwas an der Umsetzung liegt. Dann kann eine schrittweise Umstellung der Beschaffung gelingen, so dass „Nachhaltigkeit“ nicht nur als neue Vorgabe mitgedacht werden muss, sondern ein Grundsatz in der öffentlichen Beschaffung wird.

[www.linz.at/umwelt/fairtrade-stadt.asp](http://www.linz.at/umwelt/fairtrade-stadt.asp)

**FAIRTRADE-Gemeinde**

**FAIRTRADE**  
FAIRTRADE ist wirkungsvolle Armutsbekämpfung durch Fairen Handel, mit dem Ziel, eine Welt zu schaffen, in der alle Kleinbauernfamilien und ArbeitnehmerInnen auf Plantagen im Globalen Süden nachhaltig ein sicheres und menschenwürdiges Leben führen und ihre Zukunft selbst gestalten können. Der Faire Handel verbindet KonsumentInnen mit Kleinbauernfamilien und ArbeitnehmerInnen auf Plantagen im Globalen Süden.

**Wir sind eine FAIRTRADE Gemeinde**

**FAIRTRADE-Gemeinden**  
Das Projekt „FAIRTRADE-Gemeinde“ unterstützt österreichische Gemeinden, die den fairen Handel auf lokaler Ebene verankern und auf die Beschaffung fair gehandelter Produkte in der Gemeinde umstellen möchten.

2.200	26	147	3
FAIRTRADE-Towns weltweit	Länder weltweit	FAIRTRADE-Gemeinden in Österreich	Landeshauptstädte in Österreich

**5 Ziele auf dem Weg zur FAIRTRADE-Gemeinde**

- Ziel 1: Die Gemeinde bekennt sich zu FAIRTRADE
- Ziel 2: Engagement in der FAIRTRADE-Gruppe
- Ziel 3: FAIRTRADE-Produkte verfügbar machen
- Ziel 4: Einsatz in der Gemeinde für FAIRTRADE-Produkte
- Ziel 5: Bewusstseinsbildung und Information

Weitere Informationen: [www.fairtrade-gemeinden.at](http://www.fairtrade-gemeinden.at), [www.fairtradetowns.org](http://www.fairtradetowns.org)

Quelle: Gemeinden, Globalisierung, Engagement. TrinNet Global, Südwind, Stadt Linz.

# Sustainable Development: Perspectives from Southern Africa

## Realising local development objectives through Sustainable Development Goal (SDG) setting – examples from the environmental sphere

Romy Chevallier, South African Institute of International Affairs, Cape Town

The UN 2015 Sustainable Development Goals (SDGs) seek to provide a holistic and integrated approach to ending global poverty and hunger by the end of 2030. In order to realistically achieve these goals the global community needs to interrogate and address some deeply structural issues such as common but differentiated responsibilities; non-inclusive growth and poverty; poor governance; unsustainable patterns of consumption and production, unsustainable population growth; and the management of the natural resource base for future social development.

This also requires the acceptance that global goals, of whatever type, are only likely to gain support if they address existing political-economic objectives at the country level. The SDG goals and their specific targets provide vehicles with which to align national contributions to sustainable development priorities and to catalyse the transition from

business-as-usual pathways to climate-resilient, resource-efficient, low-carbon and inclusive development.

### Incorporation of SDGs into political realities

The Southern African region recognises that the overarching multilateral process is imperative to set inspirational targets and develop a cumulative assessment of the overall level of ambition required to meet these global development goals. The region further acknowledges that countries themselves should determine how to achieve their development pathways and local governance actors are key to their implementation. This includes targeting the most pressing challenges and identifying what can realistically be achieved with the resources available within the country's capabilities. This also means ensuring that efforts to achieve the SDGs are framed within the broader pursuit of country-specific economic and development agendas and

further complement southern Africa's wider development objectives. This approach is likely to minimise the gap between political ambition and political reality in the SDG policy framework.

### Environmental "no regrets" and "co-benefit" models

In order to achieve this, much focus needs to be placed on practical and cost-effective 'no-regrets' or 'co-benefit' models – measures that benefit environmental sustainability, but also (and more importantly) advance non-climatic stresses and development needs.

These initiatives can cover numerous sectors, for example, composting of organic waste and better waste demand management, improving energy efficiency and public transportation networks, distributing renewable energy systems, insulating housing and commercial properties, and reforestation and restoration initiatives. This is the



Picture 1: The private sector invests in mangrove restoration project in Gazi province, Kenya

Picture 2: Community involvement in sustainable natural resource management in Gazi, Kenya

Pictures: Romy Chevallier



Picture 3: Sustainable reed harvesting in northern Botswana

Picture:  
Romy Chevallier

specific intent of South Africa's public works programmes, such as 'Working for Water', 'Working for Wetlands' and 'Working for Land', which promote unskilled job creation through clearing invasive alien vegetation, wetland rehabilitation, waste management and fire prevention.

For African countries many opportunities lie within the agricultural sector. Smart agriculture, such as improved pasture management, non-tillage agriculture, increased nutrient and water use efficiency and the increased use of trees and perennials on farms (agroforestry), can increase yields during drought periods while simultane-

ously responding to emission reduction demands. The same is true for enhanced action around the protection of other natural ecosystems that deliver carbon sequestration and multiple non-market (including adaptation) benefits.

There are also many opportunities to achieve multiple 'wins' in the uptake of clean energy. In recent years there has also been an upsurge in investments for renewable power generation in Africa, such as hydro-power developments in Ethiopia, geothermal power in Kenya, and solar power in Ghana. By ramping up investments in renewables, African countries can leapfrog decades of fossil fuel-based development and see multiple socioeconomic and environmental benefits. In South Africa, in an attempt to move away from dependency on coal, the Renewable Energy Independent Power Producer Procurement Programme has successfully channelled substantial private sector expertise and investment into grid-connected renewable energy, at highly competitive prices.

#### Suitable and incorporating policies needed

These opportunities need to be further researched, up-scaled and prioritized by policy makers in Southern Africa. There is also an important role for the external development community – especially in terms of providing financial, technical

and training support to complement these initiatives.

If development programmes and SDG goals do not detract from the development agenda of countries, but in fact add to them, there is likely to be more buy-in from national authorities and SDGs are likely to gain legitimacy in the eyes of poor people. The ultimate aim, therefore, is for policymakers in southern Africa in the areas of sustainable development, finance for development and climate change, to leverage co-benefit strategies that aim to complement one another through the support of each other's objectives. Climate change adaptation also overlaps naturally with development because climate-sensitive vulnerability and poverty reduction strategies are crucial to promote resilience. In this regard, most countries in the sub-region aim to mainstream sustainable development in to their existing policies and plans. The pursuit of these goals includes strategies to create high levels of economic and livelihood diversity, promote skills, learning and innovation, reduce dependence on ecosystem services, and reduce inequality. These processes and intentions therefore provide important platforms for deepening international co-operation and assessing opportunities for common global development and climate agendas.

# Start der Umsetzung der 2030 Agenda und SDGs in Österreich

Norbert Feldhofer und Atila Kilic, Bundeskanzleramt

Die 2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung wurde am 25. September 2015 beim UNO Nachhaltigkeitsgipfel der Staats- und Regierungschefs verabschiedet. Mit Jänner 2016 startete die globale, regionale und nationale Implementierungs- und Umsetzungsphase der 2030 Agenda mit ihren 17 Nach-

haltigen Entwicklungszielen („Sustainable Development Goals, SDGs“) und den insgesamt 169 Unterzielen. Dabei setzen die 2030 Agenda und ihre SDGs mit ihrem universellen, integrierten und unteilbaren Charakter einen neuen Standard für die globale Entwicklungsagenda: Statt wie bisher zwischen

entwickelten Ländern und Entwicklungsländern zu unterscheiden, haben sich alle Mitgliedsländer der Vereinten Nationen (VN) politisch verpflichtet, gemeinsam unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Dimension „die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Wid-

erstandsfähigkeit zu bringen [...] und dabei] niemanden zurückzulassen“<sup>1</sup>.

### Bestandsaufnahme und Ministerratsbeschluss

In Österreich wurden bereits im Herbst 2015 erste Schritte der Umsetzung der 2030 Agenda gesetzt: Alle Bundesministerien haben überprüft, zu welchen der 17 SDGs und insgesamt 169 Unterzielen Strategien, Programme und Maßnahmen in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen vorliegen. Das Ergebnis war nicht überraschend. Wie auch in vielen anderen EU-Ländern können in Österreich die SDGs zu einem signifikanten Teil mit bestehenden Strategien (inklusive etablierten Strukturen, integrativen Prozessen und umfassenden Diskussionsplattformen) abgedeckt werden. Insbesondere die EU-2020 Strategie liefert wichtige mittelfristige Zielvorgaben für die nationale Umsetzung, wie z.B. in der Armutsreduktion oder im Bereich der erneuerbaren Energie.

Auf Basis des durch diese Bestandsaufnahme gewonnenen Überblicks hat die Bundesregierung im Sinne eines Mainstreaming-Ansatzes, also dem verwaltungseffizienten Integrieren der SDGs in das „Tagesgeschäft“ der Verwaltung und Politik, mit Ministerratsbeschluss vom 12. Jänner 2016 alle Bundesministerien mit der kohärenten Umsetzung der 2030 Agenda beauftragt. Dabei sind die Zielvorgaben in die relevanten Strategien und Programme zu integrieren und gegebenenfalls entsprechende Aktionspläne und Maßnahmen auszuarbeiten. Bei der Umsetzung sind alle relevanten staatlichen Organe und Kooperationspartner auf Bundes-, Landes-, Städte- und Gemeindeebene sowie Sozialpartner, Zivilgesellschaft und Wissenschaft einzubeziehen.

Zudem wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Erstellung eines den international festgelegten Vorgaben entsprechenden regelmäßigen Fortschrittsberichtes auf Basis der vereinbarten Indikatoren koordiniert. Diese Arbeitsgruppe unter der Leitung des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres koordiniert auch die Prioritäten in der Umsetzung für die jewei-

eilige Berichtsperiode. Auch hier haben die Arbeiten begonnen – bei der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe im Februar 2016 haben die Vertreter\_innen der teilnehmenden Bundesministerien vereinbart, ihre jeweiligen Zuständigkeiten (auch in Abstimmung mit anderen Ressorts oder Körperschaften) für einzelne SDGs zu prüfen sowie über die Art und Weise der Berücksichtigung der SDGs in bestehenden Strategien, Prozessen und Strukturen (inkl. wie die Einbeziehung aller relevanten Stakeholder in den Umsetzungsprozess erfolgen soll) zu berichten. In den kommenden Monaten werden eine Zusammenschau dieser ersten Umsetzungsschritte erstellt und darauffolgend etwaige Lücken in der Umsetzung identifiziert.

### Indikatoren sind noch in Diskussion

Parallel laufen in Kooperation mit der Statistik Austria die weiteren Arbeiten für die Messung der Ziele in Österreich. Im März 2016 wurden bei der 47. Tagung der VN-Statistikkommission 231 Indikatoren grundsätzlich vereinbart. Jedoch wird ein Großteil dieser Indikatoren in der „Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators (IAEG-SDGs)“ im Laufe des Jahres angesichts von methodischen und datentechnischen Fragen weiter verfeinert. Ein finales Indikatoren-Set wird erst 2017 erwartet. Unabhängige Statistikinstitute, wie z.B. die Statistik Austria und Eurostat, sollen eine Schlüsselrolle beim quantitativen Review-Prozess einnehmen. Zurzeit können rund 40% der 230 Indikatoren durch die Statistik Austria und andere österreichischen Institutionen abgedeckt werden.

Teil der Implementierung der 2030 Agenda wird die Information der Öffentlichkeit bilden, um einerseits das Bewusstsein hinsichtlich SDGs in Österreich zu erweitern und andererseits die Transparenz in der Implementierung sowie Umsetzung zu wahren. In diesem Zusammenhang wurden die Umsetzungsschritte der 2030 Agenda der österreichischen Bundesregierung auf verschiedensten Veranstaltungen sowie auch im Parlament seit Jänner 2016 präsentiert und diskutiert. Darüber hinaus setzen die einzelnen Bundesministe-

rien den SDG-Mainstreaming Ansatz auch in ihrer Öffentlichkeitsarbeit um – siehe beispielsweise die Website der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit<sup>2</sup>. Zudem wird ein Austausch mit anderen Ländern, insbesondere mit den übrigen EU-Mitgliedstaaten, hinsichtlich der gewonnenen Erfahrungen und Best-Practices in der Umsetzung der 2030 Agenda und SDGs forciert.

Die globalen Weiterverfolgungs- und Überprüfungsprozesse sind bisher noch nicht im Detail festgelegt. Basierend auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit und der nationalstaatlichen Eigenverantwortung werden vom auf VN Ebene eingerichteten „High-Level Political Forum (HLPF)“<sup>3</sup> weitere Vorgaben ausgearbeitet. Auch die Europäische Kommission arbeitet noch an einer Roadmap sowie einem Vorschlag für die Implementierung der 2030 Agenda und SDGs auf EU-Ebene.

Die von der Bundesregierung gesetzten ersten Umsetzungsmaßnahmen sind im Sinne der von Bundespräsident Dr. Fischer am 27. September 2015 in New York skizzierten Anforderungen: „In designing and implementing our national strategies, as well as our monitoring and accountability mechanisms, we have to work together with our national parliaments, supreme audit institutions, civil society, and all other relevant stakeholders.“<sup>4</sup> Die Bundesregierung wird daher weiterhin gemeinsam mit allen relevanten Akteur\_innen konkrete Schritte setzen, um zur Verwirklichung der SDGs bis 2030 im In- wie im Ausland beizutragen.

1 Siehe VN Resolution A/70/L.1.

2 [www.entwicklung.at/aktuelles/neue-globale-ziele](http://www.entwicklung.at/aktuelles/neue-globale-ziele)

3 Für mehr Informationen siehe <https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf>

4 Siehe die Rede von Herrn Bundespräsidenten Fischer im Wortlaut vom 27. September 2015: <http://www.bundespraesident.at/newsdetail/artikel/lob-in-new-york-fuer-die-agenda-2030-fuer-den-bundespraesidenten-ein-wichtiger-meilenstein/>

# No decisions about us without us ...

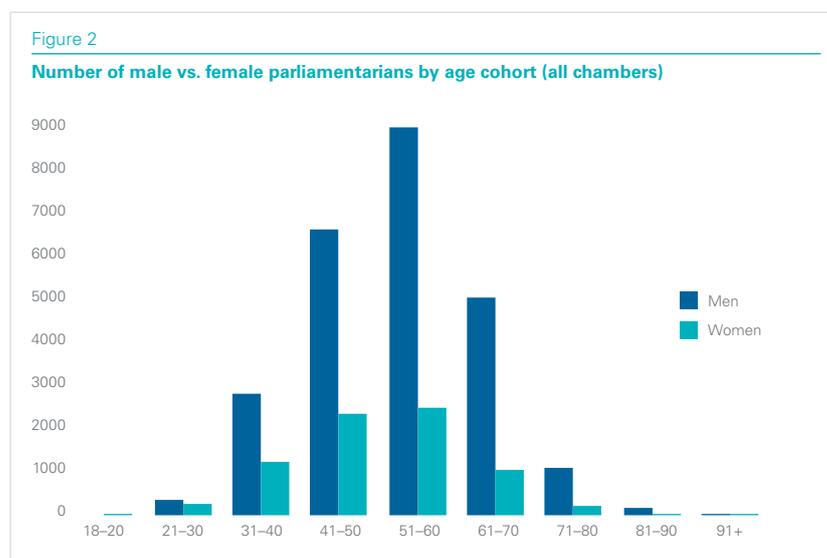
## Interparlamentarische Union: Demokratie braucht Stimme der Jugend

Petra Rund, Leiterin der Abteilung A3.5 Multilaterale Beziehungen und Entwicklungszusammenarbeit in der Parlamentsdirektion

Die IPU – die 1889 gegründete Inter-Parlamentarische Union mit 170 Mitgliedsparlamenten – zeigt sich besorgt über den geringen Anteil von unter 30-Jährigen an den weltweit rund 45.000 gewählten Volksvertreter\_innen. Nur 1,9% der Parlamentarier\_innen sind jünger als 30 Jahre, obwohl die halbe Weltbevölkerung in dieser Altersgruppe zu finden ist. Besonders in Ländern mit hohem Bevölkerungsanteil junger Erwachsener – in Afrika sind 70% jünger als 30 Jahre, das Durchschnittsalter der Bevölkerung beträgt 21 Jahre, das der Politiker\_innen 61 Jahre – ist deren parlamentarische Repräsentanz ungenügend. IPU-Präsident Saber Chowdhury sieht darin einen Auftrag an die Parlamente, sich vermehrt in Richtung Jugend zu öffnen: „Das ist entscheidend, um der wachsenden Entfremdung junger Menschen von der Politik beizukommen und die Demokratie weltweit für die Zukunft zu stärken“.

Neben der bekannten Unterrepräsentation von Frauen in Parlamenten zeigt Grafik 1 deutlich, dass die größte Abgeordnetengruppe im weltweiten Durchschnitt sich in ihren Fünfzigern befindet.

Kurz vor der Vollversammlung, die von 19.-23. März unter dem Titel „Rejuvenating democracy, giving voice to youth“ in der sambischen Hauptstadt Lusaka abgehalten wurde, lud die IPU daher gemeinsam mit dem sambischen Parlament zur dritten Global Conference of Young Parliamentarians. Über 130 junge Parlamentarier\_innen aus 50 Ländern – Österreich war durch die Abgeordneten Philipp Schrangl (FPÖ) und Julian Schmid (Grüne) vertreten – berieten über Strategien, mit ih-



Grafik 1: Anzahl der männlichen und weiblichen Abgeordneten nach Altersgruppen; Quelle: IPU, [www.ipu.org/pdf/publications/youthrep-e.pdf](http://www.ipu.org/pdf/publications/youthrep-e.pdf)

ren Stimmen aktiv auf die Umsetzung der 2015 von den Vereinten Nationen beschlossenen globalen nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) bis 2030 hinzuwirken und diskutierten über die maßgebliche Rolle junger Menschen, einen gleichberechtigten Nutzen der SDGs auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene für alle gesellschaftlichen Gruppen sicherzustellen. In ihrem Abschlussdokument hoben die Mandatar\_innen die Bekämpfung von Korruption als eine der größten Herausforderungen auf dem Weg zu einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung hervor und betonten, dass eine neue Ära für die Demokratie eingeläutet ist: „Als Digital Natives sind wir jungen Abgeordneten bestens gerüstet, unsere Demokratien durch Democracy 2.0 zu stärken, das heißt Einsatz von sozialen Medien und digitaler Kommunikation,

um unsere jungen Bürger\_innen mit unseren Parlamenten zu vernetzen und offenere, transparentere und effektivere Parlamente zu fördern“.

Auch Klubobmann Andreas Schieder (SPÖ), der Leiter der österreichischen Delegation mit ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka sowie den Abgeordneten Andreas Karlsböck (FPÖ) und Gabriela Moser (Grüne), verdeutlichte in seiner Rede bei der 134. IPU-Versammlung vor über 650 Parlamentarier\_innen aus 126 Staaten, wie sehr eine Demokratie vom Engagement ihrer jungen Bevölkerung abhängt. Dazu müsse allen gesellschaftlichen Gruppen als Basis die Bedeutung von Wahlen sowie von zivilgesellschaftlicher und politischer Beteiligung nähergebracht werden: „Politische Bildung ist eine Voraussetzung, junge Menschen dabei zu unterstützen,

aktive Bürger\_innen zu werden“, so Schieder in seiner Rede. Er informierte über die Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments, die schon seit 2007 mit Erfolg Workshops für Schüler\_innen anbietet, bei denen die Teilnehmer\_innen altersgerecht erfahren „wie Demokratie funktioniert“. Auf Initiative von Nationalratspräsidentin Doris Bures, die demokratische Mitwirkung nicht von der Art der Ausbildung abhängig sehen will, können seit dem Vorjahr auch Lehrlinge von den Angeboten der Demokratiewerkstatt profitieren. Das Bildungsangebot des österreichischen Parlaments für Jugendliche ist mittlerweile auch anderen Parlamenten Vorbild für vergleichbare Einrichtungen, so eröffnete zum Beispiel das Parlament von Montenegro eine Demokratiewerkstatt und das Parlament von Mosambik entwickelte im Rahmen des Projekts Parlamentarischer NordSüdDialog Führungs- und Workshopkonzepte für Kinder und Jugendliche.

In weiteren Redebeiträgen sagten IPU-Mitglieder in Lusaka zu, Ihre Parlamente dahingehend zu adaptieren und modernisieren, dass diese für junge Menschen inklusive und offene Insti-



Foto 1: Abg.z.NR Julian Schmid und Abg.z.NR Philipp Schrangl im Plenum der IPU Konferenz. Foto: IPU



Foto 2: Die österreichische Delegation bei der 134. IPU Assembly in Lusaka, Sambia; v.l.n.r. Abg.z.NR Gabriela Moser, Abg.z.NR KO Reinhold Lopatka, Abg.z.NR KO Andreas Schieder, Petra Rund, Abg.z.NR Andreas Karlsböck.

Foto: Petra Rund

tutionen werden. Diskutiert wurden Lösungsvorschläge wie die Einführung von Quoten, um den Anteil junger Parlamentarier\_innen zu heben, die Verwendung moderner Technologien zur Erhöhung von politischem Engagement und von Transparenz sowie – wie im österreichischen Beispiel – die Förderung von politischem Empowerment junger Menschen durch stärkere politische Bildung in und außerhalb von Schulen. „Wir brauchen eine Erneuerung der demokratischen Landschaft“ appellierte

der IPU-Präsident Chowdhury an das Plenum. „Unsere Institutionen haben nicht alle Schritte gehalten mit der sich rasch verändernden und zunehmend vernetzten Welt, in die unsere Jugend hineingeboren wurde. Es ist Zeit zu handeln.“

Zum Weiterlesen die IPU-Studie: Youth participation in national parliaments 2016 unter [www.ipu.org/pdf/publications/youthrep-e.pdf](http://www.ipu.org/pdf/publications/youthrep-e.pdf)

## Kurz notiert

Die Inter-Parlamentarische Union (IPU) drückte ihre Besorgnis über die zunehmenden Einschränkungen von Abgeordneten, v.a. der Opposition, in Bezug auf ihre freie politische Meinungsäußerung aus. Zahlreiche Abgeordnete, beispielsweise in Kambodscha, befinden sich in Haft oder sind aufgrund regierungskritischer Aussagen mit Vorwürfen des Hochverrats konfrontiert. Das IPU Komitee zu den Menschenrechten von Parlamentarier\_innen (IPU's Committee on the Human Rights of Parliamentarians) arbeitet derzeit weltweit an 281 Fällen von Menschenrechtsverletzungen gegen Abgeordnete. Die IPU ruft alle politischen Parteien und Regierungen zur konstruktiven Zusammenarbeit und zum Respekt der parlamentarischen Immunität und Redefreiheit auf.

## Violations of the human rights of MPs – 2015

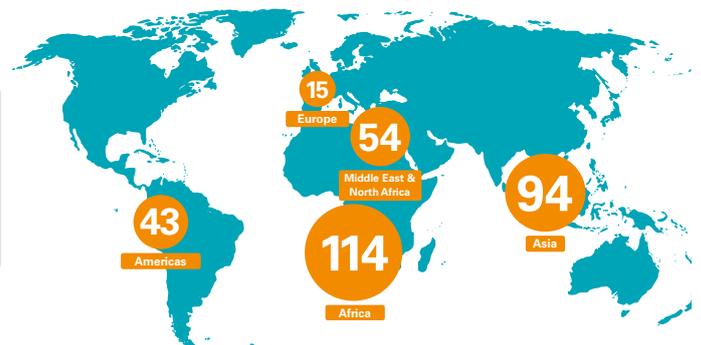
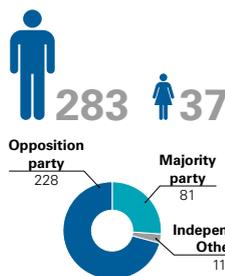
No. of cases currently examined by IPU Committee on the Human Rights of Parliamentarians



**320** MPs  
in **43** countries

### Most common violations

- 1 Arbitrary detention
- 2 Lack of fair trial
- 3 Violation of freedom of expression
- 4 Unlawful suspension and loss of parliamentary mandate



IPU's Committee on the Human Rights of Parliamentarians is a unique source of protection and redress for MPs killed, attacked, intimidated or jailed for their political views or differences.

If MPs cannot do their job safely or without fear, they cannot ensure parliament does its job of protecting the human rights and

political freedoms of society as a whole. Without respect for fundamental human rights such as freedom of thought and expression, the right to life, liberty, equality and the right to take part in government – there can be no democracy.

IPU works with parliaments to ensure they deliver on their human rights responsibilities.



[www.ipu.org](http://www.ipu.org)  
<http://ipu.org/iss-ahr-law.htm>  
 postbox@ipu.org

Quelle: IPU

## ZAHLEN / FAKTEN / HINTERGRÜNDE

### KRIEG UND FLUCHT – NICHT ALLE SIND VERLIERER

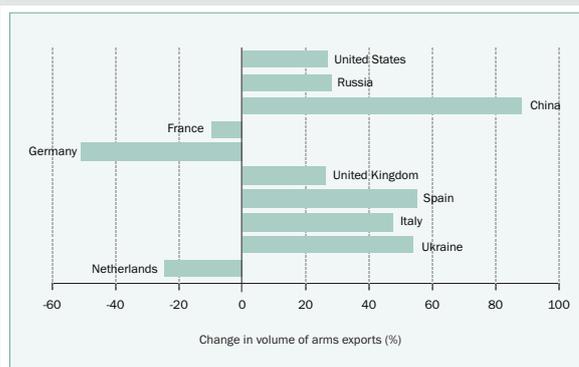
Für Hunderttausende Menschen bedeuten Kriege und bewaffnete Konflikte Tod, Flucht und Verderben. Die Waffen, mit denen in diesen Kriegen gekämpft wird, sind jedoch nur selten Eigenproduktionen, und so sitzen oft Staaten am Verhandlungstisch für einen Waffenstillstand oder Frieden, die – sicherlich teils über Umwege – die Fortdauer eines Konflikts befördern.

Das Volumen internationaler Geschäfte mit schweren Waffen stieg im Zeitraum 2011 bis 2015 um ca. 14 Prozent zum Vergleichszeitraum 2006-10. Dies geht aus dem jüngst veröffentlichten Bericht des Stockholm International Peace Research Instituts (SIPRI) hervor.\* Die größten Exporteure sind demnach die USA (33% der Gesamtexporte) und Russland (25 %), mit einigem Abstand gefolgt von China, Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich. Während die USA insgesamt an mindestens 96 Staaten schwere Waffen liefern, zeigen sich beispielsweise bei Russland und China eindeutige regionale Konzentrationen (Verkäufe nach Indien bzw. Pakistan).

Exporter	Share of international arms exports (%)		Main clients (share of exporter's total exports %, 2011-15)		
	2011-15	2006-10	1st	2nd	3rd
USA	33	29	Saudi Arabia (9.7)	UAE (9.1)	Turkey (6.6)
Russia	25	22	India (39)	China (11)	Viet Nam (11)
China	5.9	3.6	Pakistan (35)	Bangladesh (20)	Myanmar (16)
France	5.6	7.1	Morocco (16)	China (13)	Egypt (9.5)
Germany	4.7	11	USA (13)	Israel (11)	Greece (10)
UK	4.5	4.1	Saudi Arabia (46)	India (11)	Indonesia (8.7)
Spain	3.5	2.6	Australia (29)	Saudi Arabia (12)	Turkey (8.7)
Italy	2.7	2.1	UAE (10)	India (8.8)	Turkey (8.2)
Ukraine	2.6	1.9	China (26)	Russia (12)	Ethiopia (9.2)
Netherlands	2.0	3.0	Morocco (17)	Jordan (12)	USA (7.7)

Tabelle 1: Die 10 größten Exporteure schwerer Waffen und ihre Hauptabnehmer 2011-15

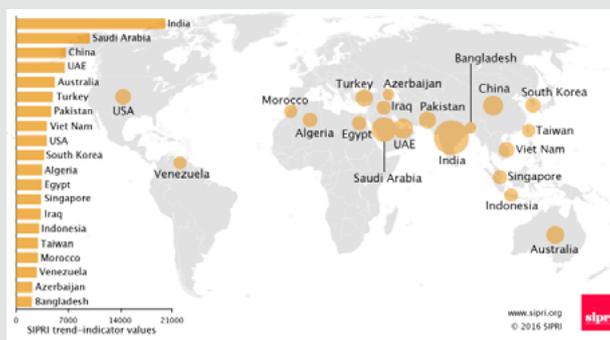
Quelle: SIPRI Fact Sheet; Trends in International Arms Transfers; February 2016



Grafik 1: Veränderungen im Waffenexportvolumen der 10 größten Exporteure zwischen 2011-15.

Quelle: SIPRI Fact Sheet; Trends in International Arms Transfers; February 2016

\* SIPRI Fact Sheet, Aude Fleurant, Sam Perlo-Freemann, Pieter D. Wezemann and Simon T. Wezemann, Trends in International Arms Transfers, 2015.



Grafik 2: Die 20 größten Waffenimporteure 2011-15.

Quelle: www.sipri.org/research/armaments/transfers

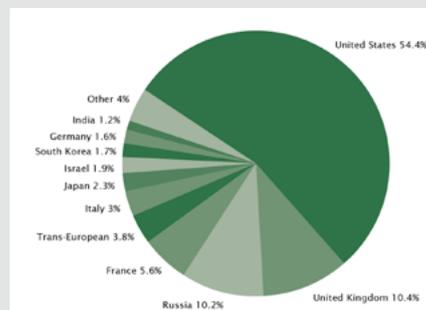
Der finanzielle Umfang des globalen Waffenhandels lässt sich nur schätzen. Einerseits gibt es keine international einheitlichen Definitionen, andererseits ziehen Staaten individuelle Melde- und Erfassungssysteme sowie Statistiken heran. Es existiert zudem keine standardisierte Methodologie. Die Schätzungen des SIPRI – das sich auf offizielle Daten einzelner Staaten beruft – belaufen sich auf mindestens 76 Mrd. USD für das Jahr 2013 (SIPRI Arms Transfers Database). Sehr wahrscheinlich liegt die tatsächliche Zahl jedoch um ein Vielfaches höher, allein wenn man die Umsätze der 10 größten Waffenproduzenten betrachtet.

Rank	Company	Arms sales, 2014 (\$m.)	% of total sales
1	Lockheed Martin (USA)	37 470	82
2	Boeing (USA)	28 300	31
3	BAE Systems (UK)	25 730	94
4	Raytheon (USA)	21 370	94
5	Northrop Grumman (USA)	19 660	82
6	General Dynamics (USA)	18 600	60
7	Airbus Group (Trans-European)*	14 490	18
8	United Technologies Corp. (USA)	13 020	20
9	Fimmeccanica (Italy)	10 540	54
10	L-3 Communications (USA)	9 810	81

\* As of Jan. 2014, the company previously known as EADS started operating as Airbus Group. Airbus Group's main production facilities are based in France and Germany.

Tabelle 2: Die 10 größten Waffenproduzenten der Welt, ohne China, 2014.

Quelle: http://www.sipri.org/research/armaments/production/recent-trends-in-arms-industry



Grafik 3: Anteil der größten 100 Konzerne an den globalen Waffenverkäufen; im Ländervergleich, 2014.

Quelle: http://www.sipri.org/research/armaments/production/recent-trends-in-arms-industry